

# transact! <sup>3</sup>

// Transnationale Organisation & globale Solidarität: Fragen, Debatten, Interventionen // Hrsg. von Transact! // Frühling/Sommer 2010 // Nr.3 //

Mit dem Karawane-Festival „in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“ in Jena (siehe unten) soll ein praktischer Ort der Kommunikation, Vernetzung und Selbstorganisation geschaffen werden. Was das heißen kann, ist vergangenes Jahr während des NoBorder-Camps auf der griechischen Insel Lesbos auf beeindruckende Weise deutlich geworden.

## In Freiheit unter Freunden

»Morgen, wenn wir weiter ziehen, werden wir wieder Flüchtlinge sein, doch heute Nacht sind wir bis zur letzten Minute einfach Menschen, Freunde die zusammen feiern. Wer hätte gedacht, dass wir uns auf dieser Insel nicht im Wald verstecken müssten, sondern dass uns eine Nacht in Freiheit unter Freunden geschenkt würde!«

*Junger Afghane während einer nächtlichen Abschlussparty auf dem Noborder-Camp.*

»Am meisten bin ich dafür dankbar, dass ich gelernt habe, dass es mehr als nur eine Reise gibt. Als ich Somalia verließ, ging ich los, um einen sicheren und besseren Ort zum Leben zu finden und weil ich meine Familie unterstützen wollte. Ich kann nun klarer sehen, wie Europa im Augenblick ist und dass es nicht der sichere Ort ist, den ich erhofft hatte. Wir werden in grauenhafte Gefängnisse geworfen und Europa sendet seine Truppen, um uns auf dem Meer zu bekämpfen. Ich habe niemals so viel in so kurzer Zeit gelernt. Es war ein harter Lernprozess, aber ich lernte noch mehr. Ich habe meine zweite Reise hier begonnen. Denn wir begannen all die anderen zu sehen, die in denselben kleinen Booten sitzen und ums Überleben und Weiterkommen kämpfen. In den letzten Tagen mit Euch gemeinsam hier in diesem Zelt in Mitilini habe ich erahnen können, wie es sein könnte, wenn wir alle gemeinsam auf die Reise gingen. Zu einem anderen Ort, der womöglich in der Zukunft existieren wird.«

*Junge Frau aus Eritrea während eines Interviews am Infopunkt des Noborder-Camps in Mitilini.*

»Seid vorsichtig. Ihr seid nicht an Krieg und ein solches Leben gewöhnt. Hört auf zuzuhören, wenn ihr es nicht mehr aushaltet, passt auf euch auf. Denn wir brauchen Leute wie euch, die unsere Stimme sind, so lange wir uns selber verstecken müssen.«

*Junge Frau aus Somalia während einer der nächtlichen Erzählungen am Infopunkt des Noborder-Camps in Mitilini.*

»Nach sieben Tagen im Noborder-Camp sagten meine Kameraden, dass sie sich hier nicht wie Flüchtlinge gefühlt hätten. In dieser einen Woche hatten wir eine spezielle Beziehung, wie in einer Familie. Wir hatten nicht das Gefühl: Wir sind Afghanen, sie sind Eriträer, oder dass du aus Deutschland bist. Als wir gingen, sah ich einige von euch weinen, und auch einige von uns, aber versteckt vor euch, wie beim Verlassen von Verwandten.«

*Junger Afghane während eines Interviews in Athen einige Wochen nach dem Camp*

Sämtliche Zitate stammen aus der Broschüre „Infopoint – during Noborder Lesbos 2009“ (50 Seiten). Sie kann unter [transact@so36.net](mailto:transact@so36.net) bestellt werden.



Demonstration in Mitilini während des Noborder-Camps auf der griechischen Insel Lesbos/Sommer 2009  
[Foto: Noborder09 Lesbos-Azadi Fotoarchiv]

## Von Jena nach Dakar

### Bewegungsfreiheit und Klimagerechtigkeit in der Perspektive globaler sozialer Rechte

Als das globale Bankensystem Ende 2008 auf den Abgrund zutaukelte, herrschte innerhalb linker Kreise nicht nur Sorge, vielmehr machte sich auch so etwas wie verhaltener Krisenoptimismus breit. Der Kapitalismus schien wie ein Kaiser ohne Kleider, das Bonmot der Krise als einem „Treibhaus sozialer Kämpfe“ machte die Runde. Mittlerweile ist hingegen Ernüchterung eingekkehrt, manche sagen auch: Vernunft.

Denn klar ist, dass weder soziale Bewegungen noch Gewerkschaften oder andere Akteure über die erforderlichen Ressourcen, Erfahrungen und Programmatiken verfügt haben, um ernsthaft politisches Kapital aus den bis heute andauernden Turbulenzen der globalen Ökonomie schlagen zu können. Eine Einsicht, an der auch punktuelle Ausnahmen nichts ändern können, etwa die Proteste gegen den Drogeriediscounter „Schlecker“, welche vielerorts von krisenbezogenen Bündnissen (mit-)getragen wurden. Ganz ähnlich die Erfahrungen beim letztjährigen UN-Klimagipfel in Kopenhagen: Auch hier wurden die im Vorfeld gehegten Hoffnungen massiv enttäuscht, insbesondere ist die Erwartung einer klimapoliti-

schen, an die Erfolge des Seattle-Zyklus' anknüpfenden Frischzellenkur der globalisierungskritischen Bewegung nicht aufgegangen.

Kurzum, das Jahr 2009 hat aus linker Perspektive zweierlei nachdrücklich in Erinnerung gerufen: Geschichte ist zwar ein offener und durchaus sprunghafter Prozess, dennoch sind Protest, Widerstand und Umbruch keine Selbstläufer, sie können nicht kurzerhand aus objektiven Makrodaten wie Betriebsschließungen oder steigenden Meeresspiegeln abgeleitet werden. Ihre Basis ist vielmehr das Potpourri jener Erfahrungen, die aus langjährigen, häufig lokal verankerten Kämpfen hervorgehen, ganz gleich, ob es um politisch artikuliert Kämpfe oder individuelle Widerstandsakte bzw. Überlebensstrategien geht. Im Gegenzug gilt aber auch, dass handfeste Veränderungen nur dort durchgesetzt werden können, wo die unterschiedlichen Akteure und Bewegungen bereit sind, in mehr oder minder temporären Bündnissen gemeinsam an einem Strang zu ziehen – bei allem Wissen um die jeweiligen Differenzen.

In praktischer Hinsicht ist das der Grund, weshalb wir uns an der Vorbereitung für

das von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen initiierte „Festival in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“ beteiligen, welches vom 4. bis 6. Juni in Jena stattfinden wird. Denn beide Blickwinkel sollen dort eine wichtige Rolle spielen: Einerseits die Weiterentwicklung konkreter flüchtlings- und migrationspolitischer Kämpfe, andererseits gezielte Brückenschläge, etwa die Beschäftigung mit dem äußerst vielschichtigen und keineswegs eindeutigen Verhältnis zwischen Klimawandel und Flucht.

Das Karawane-Festival verweist darüber hinaus auf weitere, in den nächsten Monaten anstehende antirassistische Aktivitäten: Nachdem es im Sommer 2009 anlässlich des NoBorder-Camps auf der griechischen Insel Lesbos zur spektakulären Schließung des Abschiebeknasts „Pagani“ gekommen ist, soll auch dieses Jahr die Situation an den EU-Außengrenzen skandalisiert werden – in Griechenland genauso wie im Rahmen einer Kampagne gegen Dublin II-Abschiebungen (vgl. S. 3). Nicht minder bedeutsam ist, dass der Zusammenhang zwischen prekariertem Arbeit und Migration immer stärker in den Fokus tritt, insbesondere durch Beratungsstellen

für Beschäftigte ohne gesicherten Aufenthalt, welche zur Zeit in mehreren Städten aufgebaut werden (vgl. S. 4).

Es ist bereits angeklungen: Der Klimawandel ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen schlechthin – nicht nur an sich, sondern auch in seiner Eigenschaft, die im globalen Süden ohnehin desaströsen Verhältnisse auf kaum abschätzbare Weise zuzuspitzen. Um so erfreulicher ist es, dass mittlerweile trotz Post-Kopenhagen-Depression diverse klimapolitische Interventionen in Planung sind, nicht zuletzt ein europaweiter Aktionstag für „climate justice bzw. Klimagerechtigkeit“ Anfang Oktober (vgl. Seite 3).

Klimagerechtigkeit ist ein wichtiges Schlagwort. Denn zusammen mit Flucht und Migration gehört der Klimawandel zu jenen Phänomenen, welche mit Nachdruck die Frage aufwerfen, wie transnationale Organisationsprozesse von unten – und somit globale Solidarität – im Zeitalter neoliberaler Globalisierung konkret aussehen können. Herausfordernd ist diese Frage vor allem deshalb, weil derlei an den neuen Internationalismus der 1980er Jahre kritisch anschließende Aktivitäten in den vergangenen zwei Jahrzehnten reichlich in Verruf geraten sind – überwiegend zu Unrecht, wie wir glauben (vgl. S. 2). In diesem Sinne messen wir dem Ausbau unserer seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm entstandenen Kontakte zu (migrationspolitischen) BasisaktivistInnen in West- und Nordafrika eine hohe Bedeutung zu. Konkret planen wir an einer inner-westafrikanischen Karawane gegen die Festung Europa teilzunehmen, welche im unmittelbaren Vorfeld des nächsten Weltsozialforums in Dakar/Senegal im Februar 2011 stattfinden soll (vgl. S. 4). Programmatisch möchten wir dort vor allem das Doppel *Bewegungsfreiheit und Klimagerechtigkeit* stark machen – als wichtige Konkretisierungen dessen, was in unseren Augen unter der generellen Forderung nach „globalen sozialen Rechten“ zu verstehen ist. ■

### Programm Karawane-Festival/Jena

**Freitag, 4. Juni 2010:** Ab 9 Uhr: Ankunft (Am Pulverturm/Johannistor – für Schlafplatz-Anmeldung) ● 10 bis 13 Uhr: Klimaflüchtlingslager mit dem Aktionskünstler Hermann Josef Hacks (Holzmarkt) ● 13 Uhr: „Memorial“ für die Toten der Festung Europa (Start: Am Pulverturm/Johannistor) ● 15 Uhr: Eröffnung – mit Musik, Poesie und Reden ● Ab 17 Uhr: Dezentrales Programm (Konzerte, Treffen, Ausstellungen, Theater, ...) ● 22 Uhr: Abendprogramm: mit Konzerten, DJs, Kino (Party/Relaxen)

**Samstag, 5. Juni 2010:** 10 bis 12 Uhr: Dezentrales Programm (Politischer Input/Reden, Frontausstellung...) ● 13 bis 15 Uhr: Masqueraden-Umzug ● Ab 15 Uhr: Dezentrales Programm (Konzerte, Treffen, Ausstellungen, Theater,...) ● Ab 22 Uhr: Abendprogramm: mit Konzerten, DJs, Kino (Party/Relaxen)

**Sonntag, 6. Juni 2010:** 10 bis 16 Uhr: Kinder-Festival und Jam-Session ● Parallel Diskussion über Perspektiven etc. ● 16 Uhr Präsentation der Kinder-Aktivitäten und Ende

**Freitag, 28. Mai bis Mittwoch, 9. Juni:** Veranstaltungstour mit zwei AktivistInnen der AME („Assoziation der Abgeschobenen Malis“): Hamburg, Rendsburg, Rostock, Oldenburg, Jena, Magdeburg/Möhlau und Hannover. Zu den genauen Terminen vgl.: <http://transact.noblogs.org>



Klimakarawane Genf-Kopenhagen/Dezember 2009: Demo in Genf I [Foto: Cecilia Olivet, Transnational Institute]

## Globale Solidarität als Herausforderung

### Über Schwierigkeiten transnationaler Organisation von unten

**Wien:** Vielleicht kommen wir am leichtesten ins transact!-Selbst-Interview rein, wenn ihr kurz berichtet, mit welchen transnationalen Projekten ihr derzeit zu Gange seid.

**Hanau:** Für uns spielen so genannte Außengrenze-Projekte eine wichtige Rolle – quasi als Reaktion auf die ständige Ausweitung des EU-Grenzregimes. Neben einem „Border Monitoring Project“ an der Grenze zur Ukraine ist in diesem Zusammenhang unsere wichtigste Baustelle die Situation auf der griechischen Insel Lesbos. Beim letztjährigen NoBorder-Camp ist es dort zu fast schon unglaublichen Begegnungen mit Flüchtlingen gekommen, auch solchen, die gerade erst in Schlauchbooten gelandet waren. Zudem konnte die Schließung des bisherigen Internierungslagers „Pagani“ durchgesetzt werden, entsprechend sollen die Aktivitäten auf Lesbos bzw. in der Ägäis auch dieses Jahr fortgesetzt werden.

**Bremen:** In unseren antirassistischen Kämpfen müssen wir immer wieder feststellen, dass die gesellschaftliche Situation in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und MigrantInnen weitgehend aus dem Blick gerät – der Druck im

Denn zusammen mit west- und nordafrikanischen Basis-Initiativen plant die AME, im Februar 2011 eine Karawane für Bewegungsfreiheit von Mauretanien bzw. Niger nach Dakar/Senegal zum dortigen Weltsozialforum durchzuführen. An dieser Karawane möchten wir uns mit einer größeren Gruppe aus Deutschland beteiligen – gemischt zusammengesetzt aus AktivistInnen mit und ohne Flucht- bzw. Migrationshintergrund. Konkret erhoffen wir uns davon, die in den letzten Jahren entstandenen Kontakte zu BasisaktivistInnen in Afrika ausbauen bzw. vertiefen zu können.

**Berlin:** Hinsichtlich der Westafrika-Karawane haben wir innerhalb von transact! vor allem die Frage diskutiert, ob und auf welche Weise der Kampf um „climate justice“ in das Projekt integriert werden könnte. Hintergrund ist, dass der Klimawandel die ohnehin katastrophalen Verhältnisse in Afrika einmal mehr zuspitzen wird. Eigentlich ist das allgemein bekannt, trotzdem passiert herzlich wenig, so wie auch Hunger, Verschuldung oder fehlende Gesundheitsversorgung für große Teile der bewegungspolitischen Linken schon lange keine ernsthaftige Rolle mehr spielen – vom Mainstream ganz zu schweigen. Wir glauben deshalb, dass der Klimawandel eine

Rahmen gemeinsamer Diskussionen darüber, was ein gutes Leben und somit gesellschaftliche Veränderung im Zeitalter des Klimawandels bedeuten.

**Wien:** Ok, das programmatische Profil dürfte klar geworden sein. Lasst uns also genauer gucken: Wie kommt ihr eigentlich dazu, derart locker eure Führer an alle möglichen Orte auszustrecken, inzwischen sogar nach Afrika? Immerhin ist die Geschichte des linken Internationalismus alles andere als ruhmreich verlaufen.

**Bremen:** Stimmt, vor allem in den 1970er Jahren wurde extremer Mist gebaut! Wichtige Schlagworte sind beispielsweise „Glorifizierung nationaler Befreiungsbewegungen“, „Fetischisierung des bewaffneten Kampfes“, „antisemitisch aufgeladener Antizionismus“ oder „simplifizierende Gut-Böse-Weltbilder“. Umgekehrt sollten wir uns davor hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. So finden wir, dass die linke Unterstützung anticolonialer Befreiungsbewegungen im Kern richtig und notwendig gewesen ist – etwa in Algerien oder im südlichen Afrika. Hinzu kommt, dass die erwähnten Kritikpunkte alles andere als neu sind. Bereits die klassische Internationalismus- bzw. Solidaritätsbewegung hat diverse Häutungs- und Transformationsprozesse durchlaufen, und spätestens im Zeitalter der imperialen Globalisierung haben sich die Kräfteverhältnisse ohnehin verschoben: „Der Sieg im Volkskrieg“ ist passé – grundlegende Umbrüche in einzelnen Ländern wie zum Beispiel Bolivien sind zur Ausnahme geworden. Stattdessen stehen heute konkrete, häufig transnational geführte Kämpfe um politische und soziale Rechte im Vordergrund, etwa um den freien Zugang zu Wasser, zu Bildung, zu Land, zu gesundheitlicher Versorgung, zu sanitärer Infrastruktur, zu Mobilität, zu Saatgut und vieles mehr.

**Hanau:** Wir sehen das ganz ähnlich, vor allem glauben wir, dass wir uns nicht durch Fehler lähmen lassen sollten, die in der Vergangenheit gemacht wurden bzw. die in gewissen antiimperialistischen Nischen bis heute ihr Unwesen treiben. Denn unsere Gegner sind schon längst global aufgestellt – das gilt für transnationale Unternehmen und Banken genauso wie für die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die NATO oder zwischenstaatliche Vertragswerke wie das WTO-Abkommen. Damit müssen wir einen Umgang finden, wir sollten im globalen Rahmen Informationen austauschen, unsere Kämpfe koordinieren und vor allem an gemeinsamen Visionen arbeiten – Stichwort: Globalisierung von unten.

**Wien:** Was heißt das praktisch? Was müssen wir uns unter einer Koordinierung der Kämpfe vorstellen? Oder allgemeiner: Von welchen Kämpfen spricht ihr und wie bestimmt ihr eure eigene Rolle darin?

**Hanau:** Ich glaube, das lässt sich anhand unserer letztjährigen Lesbos-Erfahrungen ganz gut illustrieren: Dass vor, während und nach dem NoBorder-Camp nahezu ständig in Pagani revoltiert wurde, hatte natürlich mit dem Wissen der InsassInnen um die Unterstützung von außen zu tun. Umgekehrt wäre es gar nicht so weit gekommen, hätten die Revoltierenden nicht zunächst einmal ihr Recht auf Bewegungsfreiheit in Anspruch genommen und trotz Frontex & Co. die Überfahrt nach Lesbos gewagt. Mit anderen Worten: Koordinierung der Kämpfe und somit globale Solidarität bedeutet, soziale Kämpfe in ihrer Autonomie anzuerkennen, also ernst zu nehmen, dass Menschen immer schon um ihr Überleben bzw. um größere Teilhabe am gesellschaftlichen Kuchen kämpfen – ganz gleich, ob dies mit oder ohne politische Artikulation einhergeht. Erst wo dies geschieht, können AktivistInnen ihren Teil zum Gelingen der Kämpfe beitragen, das heißt ihre „komplementäre“ Rolle als ÖffentlichkeitsarbeiterInnen, NetzwerkerInnen oder VerstärkerInnen spielen, manchmal sogar als KatalysatorInnen.

**Bremen:** Wobei an dieser Stelle hinzuzufügen wäre, dass es Situationen gibt, wo bestimmte Personen beide Rollen gleichzeitig ausfüllen oder wo sich das Verhältnis umdrehen kann, etwa wenn AktivistInnen in eigener Sache kämpfen oder wenn – wie letzten Sommer auf

und zum Teil auch stabile Beziehungen zu entwickeln. In Lesbos haben zum Beispiel nachts Flüchtlinge am Infopoint in Mitilini stundenlang davon berichtet, was sie in den Wochen und Monaten zuvor auf ihrer „Reise“ nach Lesbos erlebt hatten. Derlei Begegnungen setzen allerdings voraus, offen mit den Unterschieden umzugehen, also immer wieder Organisationsdruck und Tempo rauszunehmen und sich respektvoll auf die Realitäten des Gegenüber einzulassen. Denn nur so kann Vertrauen und langfristig gemeinsame Handlungsfähigkeit entstehen.

**Bremen:** Keine Frage, es ist nicht einfach, gesellschaftlich produzierte Unterschiede zu überbrücken. Umgekehrt sind Geldbeutel oder Pass nicht der einzige Maßstab für gleiche Augenhöhe. Maßgebliches Kriterium ist vielmehr die Vielfalt unserer jeweiligen Erfahrungen. Denn sie ermöglicht so etwas wie Gleichheit in der unmittelbaren Kommunikation, vor allem wenn es um Fragen kollektiver Kämpfe oder Zukunftsgestaltung geht. Wenn ich das sage, denke ich beispielsweise an Erfahrungen von Frauen im Alltagswiderstand gegen islamistische Warlords in Somalia, wie sie uns am Infopoint in Lesbos erzählt wurden, oder an kommunale Eigentumsverhältnisse in Mali oder an andere Formen des Umgangs mit äußerer Natur in indigenen Communities. Es greift insofern auch zu kurz, transnationale Organisation lediglich als bloße Notwendigkeit zu bestimmen. Vielmehr handelt es sich um spannende und horizontweiternde Lernprozesse, also um die Herstellung hybrider Widerstandskulturen, was keineswegs mit hippiesker Esoterik verwechselt werden sollte!



Klimakarawane Genf-Kopenhagen/Dezember 2009: Demo in Genf II [Foto: Cecilia Olivet, Transnational Institute]

Lesbos – aus Flüchtlingen AktivistInnen werden. Und noch etwas: Transnationale Koordinierung der Kämpfe ist ohne materielle Unterstützung nicht zu haben. Schlicht deshalb, weil Menschen in ihren sozialen Kämpfen auf materielle Ressourcen angewiesen sind, ob für Essen, Zugtickets oder einen neuen Computer. Das ist in antirassistischen Kämpfen so, und gilt in der Zusammenarbeit mit Leuten aus dem Süden erst recht...

**Berlin:** ...mhm, hier möchten wir mal einhaken: Eigentlich finden wir das alles richtig. Dennoch haben wir Bauchschmerzen, insbesondere was das Karawane-Projekt in Westafrika betrifft: Einerseits weil wir es oft noch nicht einmal in unseren hiesigen Netzwerken schaffen, kontinuierliche Beziehungen mit selbstorganisierten Flüchtlingen und MigrantInnen aufzubauen. Warum also in die Ferne schweifen, anstatt zunächst einmal die transnationale Lücke zu Hause zu schließen?! Andererseits weil wir fürchten, dass uns in Westafrika das postkoloniale Setting auf die Füße fällt. Was immer wir selber wollen, der materielle Unterschied ist einfach zu riesig, ein wirklich gleichberechtigter Kontakt ist unter solchen Bedingungen kaum möglich. Denn als AktivistInnen, die in Europa leben, sind wir automatisch in einer NGOartigen Position, das heißt wir dürften mit Erwartungen konfrontiert werden, die wir eigentlich nur enttäuschen können.

**Hanau:** Da haben wir ganz andere Erfahrungen gemacht: Ob auf Lesbos oder in Bleiberechtskämpfen, immer wieder ist es in den letzten Jahren gelungen, trotz erheblicher Unterschiede in der sozialen Ausgangssituation authentische

**Wien:** Wie wollt ihr damit umgehen, dass zwar niemand die Notwendigkeit globaler Solidarität in Frage stellen dürfte, dass es unterm Strich jedoch um handfeste Interessenkonflikte geht – was bereits an kleinsten Dingen deutlich wird wie etwa der ewigen Debatte ums Fliegen?

**Berlin:** Klar, das ist ein riesiges Problem – vielleicht sogar das größte. Insofern sollte es sich von selbst verstehen, dass der moralische Vorschlaghammer an diesem Punkt nicht weiterführt, zumal viele Menschen durchaus nachvollziehbare Gründe für ihre Haltung haben: Sei es, dass sie in materieller Hinsicht selber mit dem Rücken zur Wand stehen oder dass die Wucht des globalen Problemdrucks – vor allem im Zusammenhang mit dem Klimawandel – absolut überfordernd, ja demotivierend wirkt. Und doch, es gibt keinen einzigen benennbaren Grund, weshalb große Teile der Menschheit unter oft nur schwer vorstellbaren Bedingungen um ihr Überleben kämpfen müssen. Der diesbezüglichen Herausforderung können wir uns als bewegungsorientierte Linke nicht ewig entziehen, auch wenn das hierzulande mit Veränderungen einhergehen sollte, die – jedenfalls in einem Schritt – als schmerzlicher Einschnitt oder Verzicht empfunden werden könnten.

**Wien:** Nun, wir müssen hier aufhören, es ist klar, dass noch vieles gar nicht angesprochen ist, etwa das Verhältnis zu NGOs oder zu Regierungen wie in Bolivien, die Räume für emanzipatorische Prozesse eröffnen, aber dazu ein andermal...



Klimakarawane/Dezember 2009 in Hamburg [Foto: Hinrich Schultze]

hier und jetzt ist einfach zu groß. Das ist nicht nur persönlich, sondern auch politisch äußerst unbefriedigend, und obendrein paradox. Denn natürlich ist das Recht auf Bewegungsfreiheit nicht unsere einzige Forderung, uns geht es auch um die Möglichkeit eines guten und würdigen Lebens weltweit, das heißt um das Recht zu bleiben oder zu pendeln. Insofern sind wir froh, dass wir seit einiger Zeit in engem Kontakt mit der AME stehen, der „Assoziation der Abgeschobenen Malis“.

günstige Gelegenheit ist, sich der ohnehin überfälligen Herausforderung zu stellen, im größeren Stil transnationale Organisationsprozesse zwischen südlichen und nördlichen BasisaktivistInnen anzugehen. Denn wenn überhaupt, dann dürfte es nur durch konkrete Kooperationen gelingen, globale Solidarität zum selbstverständlichen Bezugspunkt der metropolitanen Linken zu machen. Das hat sich auch während der Klimakarawane von Genf nach Kopenhagen gezeigt – unter anderem im

## Zweite..Reise in die Ägäis

### Willkommens-Inseln im Meer der Ausgrenzung

Die Rauchschwaden aus den brennenden Zellen haben sich verzogen. Pagani, der „Kinderknast auf Lesbos“, musste nach anhaltenden Kämpfen von drinnen und draußen im letzten Oktober faktisch geschlossen werden. Das war der sichtbarste Erfolg der Dynamik des Nobordercamps im letzten August, mit dem es gelungen ist, politische Proteste und soziale Kämpfe um Bewegungsfreiheit unmittelbar zu verbinden<sup>1</sup>. Im September werden sich (daran anknüpfend) wieder AktivistInnen in die Ägäis aufmachen: „Welcome-to-Europe“ auf Lesbos und Samos als Teil verschiedener Noborder-Aktivitäten in einem Griechenland, das angesichts der dortigen Krisenprozesse unter sozialer Hochspannung steht.

Die neue PASOK-Regierung scheint momentan eifrig bemüht, das alte hässliche Gesicht der griechischen Internierungslager neu zu schminken. Auf einem ehemaligen Militärgelände nahe der Inselhauptstadt Mityliini soll ein „Screening-Center“ errichtet werden. Die Folgen der sogenannten Modernisierung des griechischen Asylsystems sind auf der Nachbarinsel Samos bereits zu spüren. Im dortigen Lager, mit einem kleinen Kinderspielplatz hinterm Stacheldrahtzaun, machen als Übersetzer getarnte Offiziere der EU-Grenzschutzagentur Frontex erste Experimente, um angeblich falsche Identitätsangaben der Flüchtlinge aufzudecken, „offensichtlich Nicht-Schutzbedürftige“ auszusortieren und deren schnelle Abschiebung zu organisieren. Der erste große Hungerstreik von MigrantInnen gegen dieses neue Abschiebesystem ließ nicht lange auf sich warten: im April 2010 streiken über 100 Flüchtlinge gegen ihre bevorstehende Abschiebung.<sup>2</sup>

**Modernisierung unter Anleitung von Frontex:** Frontex war in Griechenland mit der Operation „Poseidon“ bislang vor allem an den Abfangpatrouillen auf See beteiligt.<sup>3</sup> Die Ägäis, mit vielen kleineren und größeren griechischen Inseln in Sichtweite zur türkischen Küste, lässt sich jedoch nicht umfassend kontrollieren. Auch für dieses Jahr ist zu erwarten, dass die Zahl der Neuankömmlinge ungebrochen hoch bleibt. Wo die an der Insolvenz entlanggehende Regierung überfordert scheint, bietet Frontex mit EU-Mitteln den Import eines modernen Abschieberegimes quasi als Nothilfe an. Unter ihrer Anleitung soll ein effektives Selektions- und Abschiebungssystem auf den Inseln etabliert werden, auch auf Lesbos. Das unmenschlich überfüllte Lager Pagani konnte im letzten Sommer erfolgreich international skandalisiert werden – nicht zuletzt dank geschickter Öffentlichkeitsarbeit rund um das Nobordercamp. Das (leicht geschminkte) modernisierte Unrecht des „Screenings“ und Selektierens in ähnlicher Weise zu skandalisieren, ist eine neue Herausforderung – und ein notwendiger Schritt, denn in Pagani wurde nicht für bessere Toiletten gekämpft.

**Den Kampf um Bewegungsfreiheit aufgreifen:** „We don't want food, we want freedom!“ schrieben die Minderjährigen im Hungerstreik in Pagani auf ihr Banner. „We want to go forward! Wir wollen ankommen in Europa!“ sagten manche der inhaftierten MigrantInnen und machten deutlich: sie kämpften nicht für bessere Haft- oder Lagerbedingungen

sondern für Bewegungsfreiheit. Dies und die über das Nobordercamp hinaus entwickelten sozialen Netzwerke zwischen TransitmigrantInnen und AktivistInnen sind ein weiterer gewichtiger Beweggrund für die erneute Mobilisierung nach Lesbos und Samos.

**Dublin II-Kampagne:** Es waren auch diese fortgesetzten Kontakte mit afghanischen jungen Männern oder eritreischen jungen Frauen, die nun auch in den Zielländern zu Initiativen gegen die sogenannte Dublin-II-Verordnung inspiriert haben. Denn gemäß des Dublin II-EU-Vertragswerks bleibt das Land der ersten Einreise für das Asylverfahren zuständig. Wer sich aus Griechenland zu Verwandten und Bekannten in West- oder Nordeuropa durchgeschlagen hat, muss deshalb die Rückschiebung befürchten. Vor dem Hintergrund des desolaten griechischen Asylsystems ist diese Praxis in Deutschland zur Zeit juristisch höchst umstritten. Und genau in diesem umkämpften Feld wurde Ende März eine neue Kampagne gegen Dublin II gestartet<sup>4</sup>, die die Forderung der Flüchtlinge nach Bewegungsfreiheit im Inneren der EU aufgreift. Zeitgleich wurde als gemeinsames europäisches Projekt [w2eu.info](http://w2eu.info) eingerichtet, ein Welcome-to-Europe-Webguide, der Flüchtlingen und MigrantInnen – quasi als virtuelle Willkommensplattform – mehrsprachige Informationen und vor allem verlässliche Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten quer durch Europa anbietet.

**Papierschip auf Lesbos:** Zurück nach Lesbos: in Mityliini wird zur Zeit über „Chartino Karavi“, das „Papierschip“, als Idee einer neuen dauerhaften Anlaufstelle und Ort des Willkommens für Flüchtlinge und MigrantInnen diskutiert. Das Projekt bezieht sich ausdrücklich auf die Erfahrungen des Infopoints während des Nobordercamps und soll Beratung, Information und Austausch ermöglichen. Die Mobilisierung im September soll diesen Ansatz temporär verstärken und gleichzeitig die Verbindungen in die Zielländer verdichten. Willkommens-Orte und –plattformen, die für eine Vision stehen: denn lokale und transnationale Netzwerke könnten gemeinsam eine Reise fortsetzen, die im letzten Sommer begonnen wurde und die uns zu einem anderen Europa führen könnte, das vielleicht in Zukunft existieren wird.<sup>5</sup> ■

<sup>1</sup> Zum Auswertungstext von [transact](http://transact.no-blogs.org/) und zur Infopunkt-Broschüre vgl. <http://transact.no-blogs.org/>

<sup>2</sup> Infos zum letztjährigen Nobordercamps und zu aktuellen Entwicklungen: <http://lesvos09.antira.info/>

<sup>3</sup> vgl. auch <http://frontex.antira.info/> und <http://frontexplode.eu/>

<sup>4</sup> Kampagnenzeitung zum Downloaden und Bestellen sowie weitere Infos: <http://dublin2.info/>

<sup>5</sup> Chartino karavi: <http://hartinokaravi.antira.info/> Zu den weiteren Stationen der gemeinsamen Reise: vgl. [www.noborder.org](http://www.noborder.org)

Noborder-Camp auf Lesbos/Sommer 2009: Flüchtlinge bei der Vorbereitung für ihre Weiterreise  
[Foto: Anonyma]

## Und es bewegt sich doch etwas...

### Lokale Klimaaktivitäten nach Kopenhagen

Mit der Mobilisierung zum UN-Klimagipfel in Kopenhagen hat die hiesige Bewegungslinke das oft als Öko- und NGO-Thema geschmähte Konfliktfeld „Klimawandel“ erstmals prominent auf ihre Agenda gesetzt. Für viele BasisaktivistInnen aus dem globalen Süden ist hingegen der Kampf gegen Umweltzerstörung bzw. für den Zugang zu natürlichen Ressourcen keine Frage der Wahl. Konflikte um Land und Wasser, um Kolonialisierung von Saatgut oder Privatisierung von Wäldern sind oft existentielle Kämpfe der direkt Betroffenen um soziale Rechte und somit die Grundlage für ein würdiges Leben.

Um so dramatischer ist es, dass der Klimawandel diese Situation durch weitere Verteilungskonflikte zuspitzt – jenseits der ohnehin bekannten Problematiken wie Hitze, Dürre oder Überschwemmungen: So stellt sich unter anderem die Frage, wer die bereits jetzt überlastete Atmosphäre in den nächsten Jahrzehnten zu welchen Anteilen mit weiteren Treibhausgasen aufheizen darf – eine vor allem deshalb brisante Angelegenheit, weil fossile Brennstoffe bis heute die mit Abstand billigsten Energieträger sind.

Um diese und weitere Klimakonflikte sichtbar zu machen, wurde von südlichen (Basis-)Bewegungen der Begriff der Klimagerechtigkeit eingeführt. Neben Fragen historischer Verantwortung und Lastenteilung propagiert Klimagerechtigkeit vor allem die schnelle Durchsetzung strikter Emissionsminderungen. Die hierfür notwendige gesellschaftliche Transformation ist insbesondere für die (strukturell privilegierte) Linke im Norden eine Herausforderung. Denn sie macht ein Nachdenken

über die Ressourcenintensität hiesiger Konsumstandards und somit über Utopien jenseits von „Luxus für alle“ erforderlich. Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, ist es einerseits wichtig, ihre Forderungen zu konkretisieren und in lokalen Prozessen zu verankern. Andererseits ist eine verstärkte transnationale Vernetzung gefragt, um unterschiedliche Betroffenheiten und Wechselwirkungen zu erkennen und solidarisch gemeinsame Perspektiven entwickeln zu können. Das ist der Grund, weshalb Anfang Oktober ein weltweiter Aktionstag für Klimagerechtigkeit stattfinden soll – nicht zuletzt im Anschluss an die durch die „Klimakarawane von Genf nach Kopenhagen“ (Dezember 2009) gesetzten Impulse: AktivistInnen des „Klima!BewegungsNetzwerks“ wollen hierfür zu einer direkten Aktion in Brandenburg mobilisieren. Denn dort werden nicht nur weiterhin Dörfer für Braunkohle abgebaggert – dem klimaschädlichsten Energieträger überhaupt – sondern auch Erkundungen für die „unterirdische Endlagerung“ von abgetrenntem CO<sub>2</sub> aus der Kohleverstromung durchgeführt. Dieses CCS genannte Verfahren soll die weitere Nutzung des „heimischen Energieträgers Braunkohle“ ermöglichen. Technisch unausgereift und wirtschaftlich unsinnig, dient CCS hauptsächlich als klimapolitisches Feigenblatt für ein energietechnisches „weiter wie bisher“. Federführend hierbei ist der Energiekonzern Vattenfall, der auch aufgrund seines unsozialen Geschäftsgebahrens und seiner besonders dreisten „greenwashing“-Strategie bereits jetzt ins Visier genommen wird: So liefen Ende März einige AktivistInnen beim Berliner Halbmarathon

(Hauptsponsor: Vattenfall) in Firmenfarben mit Protestlogos bis ins Ziel. Zudem sind Kontakte zwischen linken Klimagruppen und Brandenburger BürgerInnen-Initiativen entstanden, die sich gegen Braunkohleabbau und CCS wehren. Hierzu passt, dass in NRW im August ein Klima-Camp gegen den dortigen Tagebau geplant ist.

Der Kampf gegen die (Re-)Etablierung der Atomkraft als „saubere, klimafreundliche und alternativlose Energieform der Zukunft“ wird im Castorjahr ebenfalls ein wichtiges Aktionsfeld der Klimabewegung sein. Darüber hinaus haben sich in vielen Städten „Umsonstfahr- und Sozialticketinitiativen“ gebildet, um ein klimaverträgliches Recht auf Mobilität für alle praktisch durchzusetzen. Schließlich sei auch erwähnt, dass die Zahl der Projekte ständig wächst, welche kollektiven, regionalen Nahrungsmittelanbau ausdrücklich als Beitrag zu einem post-fossilistischen Zeitalter begreifen.

Hinsichtlich transnationaler Vernetzung ist die nächste zentrale Station Bonn. Dort werden sich Anfang Juni anlässlich der nächsten UNO-Zwischenverhandlungen europäische und internationale KlimaaktivistInnen treffen, unter anderem um die Erfahrungen und Ergebnisse des „Gipfels sozialer Bewegungen“ in Cochabamba auszuwerten, zu dem die bolivianische Regierung als Reaktion auf die gescheiterten Verhandlungen in Kopenhagen vom 20. bis 22. April geladen hatte. Eine globale, solidarische Klimabewegung von unten beginnt sich zu organisieren. Sie ist nötiger denn je. ■



# Papierlos, aber nicht rechtlos

## Widerstandsstrategien und migrantische Arbeit



Gedenken Oury Jalloh/Januar 2009 in Dessau [Foto: Johannes Neumann/Umbruch]

Rund um den Globus zählen MigrantInnen mit ungesichertem Aufenthalt zu denjenigen Beschäftigten, die wohl dem stärksten Ausbeutungsdruck ausgesetzt sind, und das nicht erst seit Beginn der Krise vor mehr als zwei Jahren. In europäischen Gefilden ist dieser Umstand bereits seit Jahrzehnten in diversen Sektoren zu beobachten, unter anderem in der Pflege, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft.

Charakteristisch für diese Arbeitsverhältnisse ist die relative rechtliche Schutzlosigkeit der Lohnabhängigen und die daraus resultierende Abhängigkeit von der Willkür der ArbeitgeberInnen: Profit wird insbesondere aus der Unsicherheit und Unkenntnis der häufig undokumentierten Beschäftigten geschlagen - Sozialabgaben oder gleich der ganze Lohn werden einbehalten, selbst minimale Sicherheitsstan-

dards am Arbeitsplatz existieren nicht. Das ist es, was migrantische Arbeit neben der ohnehin üblichen Unterbezahlung so günstig macht.

Werden steuerliche oder migrationspolitische Maßnahmen einzelner Staaten darauf ausgerichtet, „geschickt“ mit der Ware migrantischer Arbeitskraft zu spekulieren und wenig oder keine Zugeständnisse in Bezug auf die rechtlichen Gleichstellung von MigrantInnen zu machen, steigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Gegen diese Logik sollten Gewerkschaften eigentlich aktiv werden. Ihre Aufgabe wäre es, migrantische ArbeiterInnen, ob mit oder ohne Papiere, konsequent über ihre Rechte zu informieren, ihnen in ihren Apparaten politische Mitsprache zu ermöglichen sowie Infrastruktur und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Erfreulich ist daher, dass an manchen Or-

ten in Deutschland bereits erste Schritte in die richtige Richtung gemacht wurden: Das zeigen etwa die vom DGB getragene „MigrAr“-Anlaufstelle für Papierlose in Hamburg, eine ähnliche, erst jüngst eröffnete Beratungsstelle in München oder der seit einem Jahr von migrantischen Gruppen und UnterstützerInnen betriebene „AK Undokumentiertes Arbeiten“ im v. di-Haus in Berlin. Wesentliche Impulse, die zur Schaffung dieser Beratungsstellen gesetzt wurden, kamen aus dem antirassistischen Spektrum, also „von außen“. Dies deutet darauf hin, dass es nicht nur um Beratungsstellen für Papierlose geht, sondern auch um den Aufbau politischen Drucks: Einerseits, um die starren Verhältnisse innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie selbst infrage zu stellen, andererseits um auf gesamtgesellschaftlicher Ebene öffentlichkeitswirksam antirassistische Impulse zu lancieren.

Als positives Beispiel für migrantische Selbstorganisation kann vor diesem Hintergrund die Gewerkschaft SOC dienen, welche in Andalusien/Südspanien tätig ist und MigrantInnen unterstützt, die im agrarindustriellen Gemüseanbau arbeiten. Die Beratungstätigkeit der SOC ist umfassend und betrifft vor allem Aufenthalts- und Arbeitsrechte. Die Summen, die gemeinsam mit den Geprellten erstritten werden, sind beachtlich - zehntausende von Euro für eine einzelne Person sind keine Seltenheit. Entscheidend war dabei stets, dass die GewerkschafterInnen der SOC, mit ihrer permanenten Präsenz im Feld (oder besser gesagt: in den Gewächshäusern sowie den „Chabola-Siedlungen“) mutig in Arbeitskonflikte interveniert und sich niemals in ihre Büros zurückgezogen haben. Somit wurde ein gewerkschaftlicher Ansatz gefunden, der wirksam ist, aber auch unerlässlich, sollen die vollkommen marginalisierten ArbeiterInnen in der Region überhaupt erreicht werden. Zentral ist des Weiteren, dass die hauptamtlichen SOC-GewerkschafterInnen meist einen migrantischen Hintergrund haben, die jeweiligen Sprachen der ArbeiterInnen sprechen und zudem selbst in den Gewächshäusern der Region geschuftet haben - oft über Jahre hinweg.

Darüber hinaus haben systematische Öffentlichkeitsarbeit sowie Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen die Anwesenheit der migrantischen ArbeiterInnen auf der politischen Bühne sichtbar gemacht, und das nicht zuletzt mit europäischer Unterstützung: Über einen Zeitraum von mittlerweile zehn Jahren wurde in Ländern, die zu den Hauptabnehmern von Gemüse aus Almeria zählen, politischer Druck aufgebaut, unter anderem wenn es zu Repression oder rassistischen Angriffen gegen Mitglieder der SOC kam. Hauptsächlich beteiligten sich Soli-Gruppen aus der Schweiz und Frankreich, aber auch aus Deutschland und Österreich an der Kampagne (nur am Rande sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass Deutschland schon seit langem größter Importeur ist: Im Jahr 2008 wurden laut Eurostat 201.000 Tonnen spanische Tomaten in die Bundesrepublik geliefert). Kritik am herrschenden Landwirtschaftsmodell sowie Solidarität mit der SOC wurde insbesondere vor dem Hintergrund formuliert, dass es in Nord- und Westeuropa billiges Wintergemüse nach wie vor nur zum Preis der konsequenten Mißachtung von ArbeiterInnenrechten in Almeria und anderen Intensiv-Regionen in Südeuropa gibt, aber auch an jeder einzelnen Station der oft zitierten Wertschöpfungskette: in den Abpackbetrieben, in den Logistik-Unternehmen, beim LKW-Transport und schließlich bei Lidl an der Kasse. Kurzum, nicht nur an der Produktionsstätte selbst sollte Ausbeutung bekämpft werden, sondern auch an den Orten, an denen die Produkte über die Ladentheke gehen. Ein Grund mehr, (migrantische) Arbeitsrechte transnational zu verteidigen. ■

Mehr Infos finden sich in der Broschüre „Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“ (EBF und NoLager Bremen, 2009. 112 Seiten). Zu bestellen unter [plastik.meer@reflex.at](mailto:plastik.meer@reflex.at)

## Afrique-Euro

### Transnationale Organisation von unten

Angefangen mit dem Algerienkrieg Ende der 1950er Jahre hat die Solidarität mit antikolonialen Befreiungskämpfen in Afrika 30 Jahre lang eine wichtige Rolle in der westdeutschen Internationalismusbewegung gespielt, am breitesten verankert dürften wohl die diversen (Boycott-)Kampagnen gegen das südafrikanische Apartheidregime in den 1980er Jahren gewesen sein. Nach 1989 ist davon wenig übrig geblieben, selbst in der globalisierungskritischen Bewegung kommt Afrika bis heute in erster Linie als Katastrophen-Kontinent vor. Um so erfreulicher ist, dass sich das Blatt allmählich wendet - zumindest in antirassistischen sowie klima- und landwirtschaftspolitischen Netzwerken sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Kontakte bzw. Kooperationen zwischen Basisinitiativen in Afrika und Europa entstanden.

Aus antirassistischer Sicht war vor allem der im Rahmen des polyzentrischen Weltsozialforums 2006 in Bamako/Mali beschlossene „Aufruf von Bamako für den Respekt und die Würde aller Migrantinnen und Migranten“ wegweisend. Denn praktisch sind hieraus vielfältige, bis heute andauernde Aktivitäten hervorgegangen: Bereits im Sommer 2006 hat in Rabat/Marokko eine Gegenkonferenz zum ersten euro-afrikanischen Regierungsgipfel stattgefunden. Vertreten waren ca. 150 AktivistInnen diverser Basisinitiativen und NGOs, mehrheitlich aus Nord- und Subsahara-Afrika, aber auch aus Europa. Unter anderem wurde auf dieser Gegenkonferenz die Gründung des transnationalen Migrationsnetzwerkes „manifeste euro-africain“ beschlossen. Nur drei Monate später wurde ein ebenfalls vom Weltsozialforum in Bamako lancierter und

vom Europäischen Sozialforum in Athen (Mai 2006) unterstützter afrikanisch-europäischer Aktionstag anlässlich des ersten Jahrestags der Schüsse auf MigrantInnen an den EU-Außengrenzen in Mellila und Ceuta durchgeführt. 2007 sind die gemeinsamen Aktivitäten unter anderem beim G8-Gipfel in Heiligendamm sowie in Oujda im Rahmen einer von marokkanischen Basisgruppen getragenen (Aktions-)Konferenz zu „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze“ weitergegangen. 2008 haben sich Gruppen aus Mali und Marokko an einer transnationalen Aktionskette unter dem Motto „Gegen das Grenzregime: Transnationalisierung jetzt!“ beteiligt, zudem gab es in mehreren afrikanischen Ländern sowie in Paris gemeinsame bzw. koordinierte Aktivitäten gegen den zweiten euro-afrikanischen Regierungsgipfel.

Im Zuge dieser und weiterer Kontakte hat sich in jüngerer Zeit insbesondere eine enge Kooperation mit der AME in Mali herausgebildet - der „Assoziation der Abgeschobenen Malis“. Die unter anderem von *medico international* unterstützte Basisorganisation ist vornehmlich in drei Feldern aktiv: Erstens in der sozialen, rechtlichen und medizinischen Unterstützung von Abgeschobenen - nicht zuletzt im Hinblick auf den Prozess des Wieder-Ankommens; zweitens in der politischen Arbeit gegen das EU-Migrationsregime - zum Beispiel dagegen, dass die EU inzwischen mit Hilfe von Frontex die Grenzen Malis zu seinen afrikanischen Nachbarstaaten komplett überwacht, um so TransitmigrantInnen frühzeitig abfangen zu können; drittens im Aufbau selbstbestimmter Entwicklungsperspektiven für Mali, wozu natürlich auch das Recht auf Bewegungsfreiheit gehört,

etwa für die Aneignung beruflicher Qualifikationen in Europa.

Zwei Vertreter der AME werden anlässlich des Karawane-Festivals nach Deutschland kommen - unter anderem für eine 10-tägige Veranstaltungstour (zu den Daten der Tour: vgl. Seite 1). In diesem Zusammenhang soll insbesondere ein transnational zusammengesetztes Karawane-Projekt im Vorfeld des Weltsozialforums in Dakar/Senegal im Februar 2011 besprochen werden (vgl. Seite 2), einschließlich der Frage, wie das Thema Flucht und Migration von uns,

also aus der Perspektive transnationaler Organisation von unten, auf dem Weltsozialforum thematisiert werden könnte. ■

I Conni Gunsser hat die Geschichte dieser Kooperationen in einem längeren Artikel hervorragend dargestellt. Er befindet sich auf der Webseite des Hamburger Flüchtlingsrats: [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de) (unter dem Menüpunkt „EU-Migrationspolitik“, und dort unter „17./18.10.2008: Aktivitäten gegen den EU-Afrika Gipfel“)



Weltsozialforum in Nairobi/Januar 2007 [Foto: Ann Stafford/Umbruch]

## Transact

»Transact!« - ein Slogan, der unserer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck verleiht, dass regionale, überregionale und transnationale Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Dementsprechend suchen wir nach Möglichkeiten des »Crossover«, der Brückenschläge, nach produktivem Streit zwischen verschiedenen Teilbereichsbewegungen und zwischen mehr und weniger radikalen Linken. Es geht uns um die Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Realitäten und Kämpfen - für uns eine zentrale Bedingung, um gegen das globale Ausbeutungsgefälle anzugehen. Wir beziehen uns dabei auf vielfältige Alltagskämpfe und Sozialbewegungen, auch wenn diese sich (noch) nicht politisch artikulieren. Getragen wird »Transact!« von AktivistInnen aus Berlin, Bremen, Hanau, Wien und London, beteiligt sind sowohl Gruppen (glocal/hanau, Gipfelsoli, NoLager Bremen, six hills) als auch Einzelpersonen, die in weiteren Gruppen aktiv sind. »Transact!« organisiert keine eigenen Aktionen, wir sind vielmehr an einer Vielzahl an Bündnissen und Projekten beteiligt und beziehen uns darauf gemeinsam. <http://transact.noblogs.org>

## Action

29. April/1. Mai 2009 // Mayday-Aktionen + Paraden, Anti-Nazi-Blockaden, 1. Mai-Demos etc. in zahlreichen Städten

23. bis 24. Mai // Konferenz und Aktion in Warschau gegen Frontex // [www.noborder.org](http://www.noborder.org)

26. bis 29. Mai // IMK-Proteste in Hamburg // <http://www.jogspace.net/>

28. Mai bis 9. Juni // Veranstaltungstour mit AME-AktivistInnen // <http://transact.noblogs.org/>

29. Mai bis 5. Juni // Aktionen, Veranstaltungen und Treffen (u.a. Climate Justice Action) in Bonn // [www.climate-justice-action.org/](http://www.climate-justice-action.org/) und <http://klima.blogspot.de/>

1. bis 6. Juni // Aktionswoche gegen Charter-Abschiebungen & Frontex // <http://stopdeportation.net/node/41>

4. bis 6. Juni // Karawane-Festival »in Erinnerung an die Toten der Festung Europa« in Jena // [www.karawane-festival.org](http://www.karawane-festival.org)

9. Juni // Bundesweiter Bildungstreik // [www.bildungstreik.net/](http://www.bildungstreik.net/)

12. Juni // Demos in mehreren Städten »Wir zahlen nicht für eure Krise« // [www.kapitalismuskrise.org/](http://www.kapitalismuskrise.org/)

1. bis 4. Juli // ESF in Istanbul - u.a. mit Workshops zu Frontex etc. // [www.noborder.org](http://www.noborder.org)

Sommer 2010 // Noborder-Proteste in Griechenland: Lesbos, Samos etc. // <http://lesvos09.antira.info>

24. September bis 3. Oktober // Noborder-Camp in Brüssel // <http://nobordersbxl.noblogs.org>

Anfang Oktober // Globaler Aktionstag für Klimagerechtigkeit // <http://klima.blogspot.de/>

7. Oktober // 5. Jahrestag der Schüsse an der EU-Außengrenze in Mellila - Aktionen und Veranstaltungen, u.a. in Oujda/Marokko // [www.noborder.org](http://www.noborder.org)

Anfang November // Der Castor kommt - wir auch // [www.contratom.de/2.0/](http://www.contratom.de/2.0/)

Februar 2011 // Weltsozialforum in Dakar/Senegal // <http://www.eed.de/de/de.eed.news/de.news.1194/index.html>

## Impressum

V.i.S.d.P. Luciente Riva, c/o St. Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen // Fotos Johannes Neumann/Umbruch, Noborder09 Lesbos-Azadi Fotoarchiv, Cecilia Olivet/Transnational Institute, Hinrich Schultze, Ann Stafford/Umbruch//